

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Verlagspreis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M. Durch die Post 4.70 bzw. 14.10 M. Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Verlag keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rikoldstraße 12. Fernruf Nr. 5915 und 5916. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Kolonelleiste 60 Pf., die 22 mm breite Nebelleiste 2.— Pf.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 1.— Pf., Ausland 2.— Pf. bzw. 3.— Pf., Nacht 12. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 550

Mittwoch, 24. November 1920.

74. Jahrgang

Ein böser Reinfall.

Die in der „Berger“ erscheinende „Obst- und Gemüse-Zeitung“ schreibt:

Der Reichshandelsverband der Nahrungsmittel-Fabrikanten und Großhändler, Sitz Leipzig, E. B. bittet um Weiterverbreitung, nachstehender Zeilen, die ein trübseliges Licht auf das Geschäftsgebahren der Reichsgetreidehändler werfen. Wenn die Ausführungen zutreffen, woran wir nicht zweifeln, dann handelt es sich um einen Akt von Lebensmittelfälschung größter Art, der mit Arg und Recht die Staatsanwaltschaft bedarf exemplarischer Verurteilung der Schuldigen beschuldigen mußte.

Unser Verband erhielt Anfang dieses Jahres von der Reichsgetreidehändler zur Rohfabrikation von Puddingpulver Weizenmehl zugesandt. Sofort nach Eintreffen der Ware gingen von unseren Mitgliedern lebhaftest Beschwerden über die Qualität ein, die wir der Reichsgetreidehändler weitergaben. Diese Beschwerden wurden abgelehnt, zumal die Reichsgetreidehändler Mängelrügen in jedem Falle ausschloßen. Durch einen Zufall kamen wir nun dahinter, mit was für Ware uns die Reichsgetreidehändler beglückt hatte. Es ergab sich nämlich folgender Vorfall:

Ein Abreiseführer Bahnbeamter hatte eine Partie Reichsgetreidehändler, die an eines unserer Mitglieder von der Reichsgetreidehändler verladen worden war, für Schieferware gehalten, sie sofort beschlagnahmt und Proben der Reichsgetreidehändler zur Untersuchung übergeben lassen. Diese untersuchte die Proben der Ware, ohne eine Abmahnung zu haben, daß es sich um ihre eigene handelte, und erklärte auf Grund der Untersuchung, daß die bemittelte Ware für menschliche Ernährungswecke unbrauchbar sei. Damit sprach sie sich also das Urteil, daß sie eine ungenießbare Ware für ein so überaus wichtiges Mittel geliefert hat. Sie behauptete, damit die Reichsgetreidehändler, die es teilweise vor ihrem Gewissen nicht haben verantworten können, diese Weizenmehlschädel auf Puddingpulver zu verarbeiten und sie inwiefern als Viehfutter verkauft hätten. Es ist wirklich merkwürdig, daß eine Reichsgetreidehändler es wagt, sich derartiges zu erlauben.

Auf Melanitionen aus der Reichsgetreidehändler, zu dem wirtschaftlichen Gründen reiner Weizenmehl nicht hätte geliefert werden können, und daß der Ware außerdem das Pflanzenmehl entzogen sei. Der wirklich gute Bestandteil des Weizenmehls, das Pflanzenmehl, fehlte also und der Reichsgetreidehändler lieferte die Reichsgetreidehändler kruspelt als Weizenmehl.

Man stelle sich nun einmal vor ein Fabrikant oder Händler mache es genau so wie die Reichsgetreidehändler und offeriert, verkauft und berechnete Weizenmehl. Liefert aber einen für menschliche Genußwecke ungenießbaren Schiefermehl. Würde sich dessen nicht mit Recht die Staatsanwaltschaft bemächtigen und würde er nicht von den Gerichten wegen Nahrungsmittelverbrechen auf das empfindlichste bestraft werden? Die Reichsgetreidehändler aber macht sich auf Grund der Anwaltschaftsbestimmungen das Recht an, anzufragen ihre Abnehmer — lassen wir: auf das gründlichste über das Ohr zu hauen. Ihre Verkaufsbedingungen schließen in jede Mängelrüge aus.

Darum hinweg mit dieser Anwaltschaft! Auch die Reichsgetreidehändler, die das meiste Leben zu haben scheint, die Millionen kostet und doch mehr Schaden anrichtet, als das Weizenmehl tragen kann, muß schnellstens fallen. Erst wenn an die Stelle der bürokratischen Anwaltschaft wieder der freie Handel getreten ist, wird es mit unserer Ernährung besser werden. Ein jeder trage daher seinen Teil dazu bei, und von diesem Misset zu befreien.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag erledigte gestern in kurzer Sitzung Angelegenheiten und kleinere Vorlagen. Auf eine Anfrage wegen der Freilassung der noch in Albanien in Frankreich zurückgeholten deutschen Kriegsgefangenen wurde von der Regierung erwidert, daß die zuständigen französischen Behörden noch die Freilassung der Geiseln prüfen. Im übrigen sei alles geschehen, um das Los der Gefangenen zu mildern. Auch sei die Behandlung besser geworden, und es sei zu hoffen, daß recht bald eine Lösung der ganzen Angelegenheit erfolge. Die nächste Sitzung ist am Mittwoch Nachmittag 1 Uhr.

Heute stehen im Reichstag die Ausnahmeposten zur Beratung. Die im Haushaltsplan zur Durchführung des Friedensvertrages eingezeichnet sind. Dabei wird es zu einer allgemeinen Aussprache über den Friedensvertrag und seine Wirkungen kommen.

Gezeichnete Führerstellen.

Berlin, 23. Nov. Im Hauptauschuß des Reichstags wurde bei der Beratung des Haushaltsplans des Reichs, wachstums der allseitig unterstützte Antrag, von den fünf beantragten Generalen zwei zu freileben, einstimmig angenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag, statt 14 Generalen nur 10 zu bewilligen, wurde abgelehnt und ein von den Koalitionsparteien und den Deutschen nationalen unterstützter Antrag, 6 Generalmajor zu freileben, angenommen. Angenommen wurde ein Antrag der bürgerlichen Parteien, die Zahl der Obersten um 15 zu vermindern.

Die Abstimmung in Oberschlesien.

Der Tag der Abstimmung in Oberschlesien wird nach einer Mitteilung von unterrichteter Berliner Stelle diese Woche noch in Paris festgesetzt und dann amtlich bekanntgegeben.

Russische Käufe in Schweden.

Bezahlung in Gold, Petroleum und Holz.

Stockholm, 24. Nov. Der Vertreter der Sowjetregierung, Prof. Komonow, teilt mit, daß mit zwei Dampfern 20 000 kg. reines Gold aus Kewal nach Stockholm gebracht wurden. Die Summe entspreche 90 Millionen schwedischer Kronen. Die Sowjetregierung beabsichtige noch mehr Gold nach Schweden zu senden, sowie Holz und Naphtha als Kompensation für die Käufe, die Rußland in Schweden machen will. Die Verträge hängen jedoch davon ab, ob die Verhandlungen mit der schwedischen Regierung über die Zusammenlegung der russischen Handelsdelegation einen befriedigenden Verlauf nehmen werden.

Englisches Vorgehen gegen Dublin.

London, 22. Nov. Die englischen Blätter melden aus Dublin, daß das Militär nach Umarmung der Stadt jeden Fußgänger, Fuhrwerk und Bahnverkehr stillsetzte. Die Truppen besetzten die Hauptstraßen. Es fanden Straßenkämpfe zwischen den Streitkräften der Regierung und irischen Freiwilligen statt. Auf beiden Seiten gab es Verwundete.

Vollstimmung über die griechische Königsfrage.

Die griechische Regierung hat beschlossen, über die Rückkehr Königs Konstantin auf den Thron eine Vollstimmung abzuhalten. Frankreich hat an England eine Note gerichtet, in der es seine ablehnende Haltung gegenüber der Rückkehr Konstantins niederlegte. England hat sich amtlich noch nicht dazu geäußert; die Londoner Regierung will sich anscheinend in dieser Frage nicht binden.

Die Völkerverbundtagung in Genf.

In der gestrigen Sitzung der Völkerverbundversammlung in Genf sprach der englische Delegierte Barnes über den polnisch-russischen Konflikt. Aus seinen Ausführungen war die Auffassung zu erkennen, daß der Krieg zwischen Polen und Rußland aufs Neue ausbrechen werde, wenn der Völkerverbund nicht mit Nachdruck einreife.

Genf, 23. Nov. Wie die Schweizerische Presse-Agentur berichtet, dürfte es heute schon als ziemlich sicher gelten, daß die ehemals feindlichen Staaten Bulgarien und Serbien in den Völkerverbund aufgenommen werden, ebenso Finnland, Albanien und Luxemburg.

Wilson's Antwort.

Präsident Wilson sendte durch Vermittelung des amerikanischen Gesandten in Bern an die Völkerverbundversammlung ein Antwortschreiben, in dem er erklärte, daß zu sein darüber, daß er beitragen konnte zum internationalen Einigungsgedanken des Völkerverbundes. Wilson erklärte, vollkommene Vertrauen zu haben in die wachsende Wirkungskraft des Völkerverbundes, an dessen Erfolg er keinen Zweifel hege. Wilson drückte die Hoffnung und Gewissheit aus, daß die Arbeiten der Völkerverbundversammlung der ganzen zivilisierten Welt unerschütterliche Fortschritte sichern werden.

Die Milchfähe.

Zu den Verhandlungen über die Viehabschlachtungen heißt es in der „Deutschen Allg. Zeitung“: Ueber den Stand der Milchfähefrage erfahren wir, daß zurzeit in Paris entscheidende Besprechungen stattfinden, die wohl zu einem Beschlusse führen dürften. Bisher ist über eine entgegenkommende Haltung der Entente in dieser Frage bei den hiesigen Stellen nichts bekannt. Meldungen Berliner Blätter über ein solches Entgegenkommen sind zum mindesten stark verfrüht, wenn nicht unwahrscheinlich.

Die Milchrationierung.

Karlsruhe, 22. Nov. Auf Anregung des hiesigen Landesernährungsamtes fand am 20. Nov. im Ministerium des Innern in Karlsruhe eine Besprechung über Ernährungsfragen statt, in der Vertreter Bayerns, Württembergs und Hessens, sowie der bayerische Minister des Innern Rose teilnahmen. Aus den Beratungen ist hervorzuheben, daß die Konferenz einmütig der Ansicht war, daß an der Anwaltschaft der Milch festgehalten werden müsse.

Neue politische Morde in Oberschlesien.

Die „B. Z.“ meldet: In Michalkow wurde der wegen seiner deutschfreundlichen Gesinnung bereits mehrfach angegriffene fünfundsechzigjährige Bauer Kupny von drei maskierten Polen ermordet.

24. Nov. Deutsches.

Unter dem dringlichen Verdacht der Ermordung Kupny's wurde ein gewisser Heinrich Mierczak aus Charlott, der in dem Hotel Pomny beschäftigt war, von der Abstimmungspolizei festgenommen und dem hiesigen Gerichtsgewahrsam übergeben.

Sozialdemokratische Machtgelüste.

In der gestern eröffneten Bezirksversammlung Groß-Berlins ist das Bestreben der sozialdemokratischen Parteien hervorgetreten, die bürgerlichen Vertreter aus dem Vorstande der Versammlung fernzuhalten, obgleich die Bürgerlichen durch Zusammenschluß ihrer Parteien mehrfach die stärkste Fraktion bildeten.

Das Befinden der Kaiserin.

Wie aus Halle a. d. S. gemeldet wird, hat sich das Befinden der ehemaligen Kaiserin derartig verschlimmert, daß das Schlimmste zu erwarten ist. Hofprediger D. Dr. Lang hat aus diesem Grunde der Halleischen Universität absagen müssen, am nächsten Sonntag zur Einsegnung einer ihm zuwachenden Ehrung in Halle anwesend zu sein. Er ist auf das Befinden der Kaiserin hin nach Amerongen abgereist, um der totkranken Kaiserin zur Seite sein zu können. Prinz Eitel Friedrich ist in Doorn eingetroffen. Die ehemalige Kaiserin von Braunschweig, ihre Tochter, befindet sich auf der Reise dorthin.

Volksbüro meldet: Die von mahnender Seite veranlaßt, ist in dem Befinden der ehemaligen Kaiserin eine Verschlechterung nicht einzuzeichnen. Nach der Ansicht der Ärzte besteht eine unmittelbare Lebensgefahr nicht. Die Kaiserin ist bei Bewußtsein. In Doorn befinden sich am Kaiserhof anwesende außer dem Kronprinzen, der morgen nach Berlin zurückfahren beabsichtigt. Prinz und Prinzessin Adolf, der Herzog und die Herzogin von Braunschweig und Prinz Oskar. Diese waren auf die Nachricht von dem Befinden der ehemaligen Kaiserin unaufgefordert nach Doorn geeilt, um in der Nähe der Mutter zu sein, für deren Leben nach der Art ihrer Krankheit besorgt werden muß.

Dr. Simons.

Aus gut unterrichteten parlamentarischen Kreisen erfährt unser Berichterstatter, daß die Interpellation der Deutschen Volkspartei über die durch den Außenminister Dr. Simons in Italien hervorgerufene Mißstimmung nicht den Zweck haben soll, den Außenminister zum Rücktritt zu veranlassen, obwohl Dr. Simons die Interpellation als ein solches Mißtrauensvotum aufgefaßt hat und bereit ist, seine Demission einzulegen, falls ihm ein Vorwurf aus seinem Verhalten in der Sidiroler Frage gemacht werden sollte. Inzwischen ist aber die in Italien erzeugte Mißstimmung erheblich verfliegen. Ein Meinungsaustrausch, der zwischen dem Minister Dr. Simons und dem italienischen Vizekanzler stattgefunden hat, hat sich in durchaus freundschaftlichen Formen vollzogen und es wird bei der Beantwortung der Interpellation der Deutschen Volkspartei von Regierungssseite darauf hingewiesen werden können, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien seine ursprüngliche Tragweite verloren hat.

Vom Eisener Gewerkschafts-Kongress.

Eisen, 23. Nov. Auf dem Kongress der eisernen Gewerkschaften wurde eine Entschließung angenommen, die die Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes fordert und verlangt, daß zur Lösung der arbeitsrechtlichen Aufgaben auf diesem Gebiete die eisernen Gewerkschaften herangezogen werden. Auch ein Antrag beim. der die Umgestaltung des Arbeitnehmerrechtes und der reichsgerichtlichen Krankenkassen der Hausgewerbetreibenden im Rahmen der Reichsversicherungsordnung fordert, wurde einstimmig angenommen. Eine die Sicherung des Existenzminimums für Staatsbeamte fordernde Entschließung, wofür sich Minister Stegerwald aussprach, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Auf Grund des Referats des Verbandsvorsitzenden Otto (Düsseldorf) über die Heranbildung des Nachwuchses in Betrieben und Gewerkschaften wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die die Förderung der arbeitsrechtlichen und fachlichen Ausbildung des Lehrnachwuchses und seine Einbeziehung in die eisernen Gewerkschaften fordert. Angenommen wurden ferner Entschließungen über die Schaffung ausreichender Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten für die weibliche Jugend, die Notwendigkeit abschaltiger Einbringung eines Hausgewerbetreibenden, die Förderung der staatsbürgerlichen und der Nachschulbildung der Lehrlinge und ein mit der Wertung der Handarbeit und im arbeitsrechtlichen Rahmen zu besetzende Lohnpolitik sich beschaffender Antrag Ambush. In einer am Schluß der Vormittags-Sitzung abgehaltenen Erklärung wies der Vorsitzende des bayerischen Landtages, Königsbaur, die Gerichte über angebliche Verstoßnahmen der bayerischen Volksaufsicht zurück. Weder das bayerische Volk noch die bayerische Regierung noch der bayerische Landtag hätten daran, die Einheit des Reiches anzutasten. Bayern habe es nicht nur für seine Pflicht, sondern für sein eigenes Interesse, auch in der Zeit der Not die Einheit des Reiches unbedingt zu verteidigen. Verlangt werden müsse allerdings, daß das staatliche Eigenleben der einzelnen Länder nicht unterbunden werde.

Streik in Niederschlesien.

Görlitz, 23. Nov. Heute früh lenken die Metallarbeiter die Arbeit nieder, nachdem gestern wegen Lohn-differenzen der Streikbeschluss mit einer Mehrheit von 82 Proz. der beteiligten Arbeiter gefaßt worden war. In allen Betrieben, soweit sie dem Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens angehören, ruht die Arbeit, während in den übrigen Betrieben weitergearbeitet wird. Die Schlichtungsverhandlungen finden in Görlitz statt. Am Streik beteiligten sich in Görlitz allein 4000 Arbeiter. Von den Arbeitnehmern wurde der gefällte Schlichtungsbeschluss mit allen gegen 6 Stimmen, und zwar mit der Begründung, daß die Zugeständnisse ungenügend seien. Es ist mit einem, die ganze Provinz Niederschlesien, mit Ausnahme der Stadt Breslau, umfassenden Streik zu rechnen. Im Riesengebirge legten die Arbeiter sämtlicher größeren Werke die Arbeit nieder.

Sport.

Dienstag, 23. November, vormittags.